

Stand: 4. September 2024

MITTELSTANDSPOSITION ENERGIEPOLITIK

Strommarktdesign

Nicht mit der Brechstange!

Nicht gegen den Mittelstand!

Der industrielle Mittelstand der Chemie- und Pharmabranche steckt mitten in der Transformation und geht diese mit hohem unternehmerischem Engagement aktiv an. Zu hohe Energiepreise, Fachkräftemangel, Inflation, marode Infrastruktur, fehlende Digitalisierung und überbordende Demokratie schwächen derzeit die internationale Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Mittelstands am Standort Deutschland. Nicht nur Großunternehmen sind betroffen, sondern auch und gerade der Mittelstand

In diese schwierige Lage hinein wirkt die Forderung nach flexiblen Lasten bei der Stromverteilung aus dem BMWK-Eckpunktepapier zur „Zukunft des Strommarktdesigns“ wie Salz auf eine Wunde. Mittelständische Unternehmen, die eine energieintensive Produktion betreiben und diese nicht ins Ausland verlagern wollen oder können, sehen ihre Zukunft am Industriestandort Deutschland massiv bedroht. Eine weitere Verteuerung der Produktionskosten ist wirtschaftlich unsinnig und schwächt die Attraktivität des Standorts weiter.

Eine Abwanderung des industriellen Mittelstandes sorgt für mehr soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in den ländlichen Regionen und hinterlässt eine spürbare Lücke bei den Steuereinnahmen des Staates und in den Sozialversicherungssystemen. Dieses Geld wird jedoch dringend benötigt, um die Transformation voranzutreiben.

Es ist unstrittig, dass ein Umbau des bisherigen Strommarktdesigns angesichts der vermehrten Nutzung von Strom aus Erneuerbaren Energien nötig ist. Allerdings treibt den Mittelstand die Befürchtung um, dass mit der „Produktion nach Wetterlage“ das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird und wertvolle, innovative hidden champions im Stich gelassen werden. Es ist auch fraglich, wie diese Art der Produktion mit der geltenden Arbeitszeitregulierung oder Arbeitsplatzbeschreibungen zusammenpasst.

Kurz: Das neue System muss unbedingt Platz lassen für energieintensive Produktionsprozesse, die dauerhaft mit konstanter Stromabnahme funktionieren müssen.

Der Mittelstand in der chemisch-pharmazeutischen Industrie tritt daher dafür ein:

- Die **Stromkosten** sind in Deutschland international nicht wettbewerbsfähig. Sie müssen schnell sinken.
- Die hohen **Netzkosten** sind ein Haupttreiber der hohen Stromkosten. Deshalb muss der staatliche Zuschuss zu den Netzentgelten, wie er im Energiepaket der Bundesregierung vorgesehen war unverzüglich realisiert werden. Die temporäre Übernahme des Engpassmanagements wäre ebenfalls eine Handlungsalternative.
- Hocheffiziente **industrielle Kraftwerke (Kraft-Wärme-Kopplung)** sollten ihren systemdienlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können und dazu im Kapazitätsmechanismus berücksichtigt werden.
- Die **dauerhafte Senkung der Stromsteuer** über das Jahr 2025 hinaus muss wie in der Wachstumsinitiative der Bundesregierung vorgesehen noch in diesem Jahr vom Bundestag umgesetzt werden.
- Der Zubau ausreichender **Backup-Kraftwerke** muss zügig realisiert werden. Bestehende Kraftwerksleistung darf nur noch stillgelegt werden, wenn sie durch neue gesicherte Leistung kompensiert wird.
- Das neue **Strompreisdesign** muss dem Mittelstand Rechnung tragen und darauf Rücksicht nehmen, dass die Flexibilisierungspotenziale insbesondere auch im Chemiemittelstand sehr begrenzt sind. Der Chemisch-Pharmazeutische **Mittelstand kann nicht nur produzieren, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht!**
- Kapitalintensive und komplexe Produktionsprozesse der globalen chemisch-pharmazeutischen Industrie sind aus fundamentalen betriebswirtschaftlichen und technischen Gründen allgemein auf eine **maximale und möglichst gleichmäßige Anlagenauslastung** ausgelegt. Nicht jede Anlage kann technisch und unter Sicherheitsgesichtspunkten flexibilisiert werden. Für die Anlagen, für die eine Flexibilisierung möglich ist, kostet dies teils erhebliche finanzielle Mittel.
- Eine Flexibilisierung ist generell nur umsetzbar, wenn der Preisvorteil einer flexiblen Fahrweise größer ist als deren Nachteile. Die **Flexibilitätserbringung muss daher stets freiwillig** erfolgen und angemessen vergütet werden. Sie darf regulatorisch zugleich nicht behindert werden.
- Das aktuelle **System individueller Netzentgelte** ist wirtschaftlich enorm wichtig für die energieintensive Industrie – ohne adäquate Folgeregelung droht vielerorts eine Steigerung der Netzentgelte um Faktor 5-10. Die angekündigte Übergangsregelung hin zu einer Neuregelung muss langfristig (über 2030 hinaus) ausgestaltet sein, um die betroffene Industrie nicht wirtschaftlich zu überfordern. Auch Unternehmen, die nicht flexibel fahren können, dürfen nicht auf der Strecke bleiben.
- Die **zukünftige Entlastungsregelung** muss mittelstandstauglich mit niedrigen Schwellenwerten ausgestaltet sein, eine angemessene Planbarkeit bieten und insgesamt eine deutliche Entlastungswirkung sicherstellen.

Ansprechpartnerin: Katharina Mayer

Mittelstandsbeauftragte

Hauptstadtbüro Berlin

T +49 69 2556-1762 | **M** +4916097841313 | **E** mayer@vci.de

Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI

Mainzer Landstraße 55

60329 Frankfurt

www.vci.de | www.ihre-chemie.de | www.chemiehoch3.de

[LinkedIn](#) | [X](#) | [YouTube](#) | [Instagram](#)

[Datenschutzhinweis](#) | [Compliance-Leitfaden](#) | [Transparenz](#)

- ▶ Registernummer des EU-Transparenzregisters: 15423437054-40
- Der VCI ist unter der Registernummer R000476 im Lobbyregister, für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung, registriert.

Der VCI und seine Fachverbände vertreten die Interessen von rund 2.300 Unternehmen aus der chemisch-pharmazeutischen Industrie und chemienaher Wirtschaftszweige gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. 2023 setzten die Mitgliedsunternehmen des VCI rund 245 Milliarden Euro um und beschäftigten über 560.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.